

Die Programmatik von ALFA in Abgrenzung zur AfD: Droht Deutschland eine Spirale des Populismus?

Dr. Simon Tobias Franzmann¹

Einleitung

Mit der Spaltung der AfD im Nachgang des Essener Parteitags hat sich neben der AfD mit ALFA eine weitere Partei mit Repräsentanten auf Landes- und Europaebene etabliert. ALFA gehören unter anderem fünf der vormals sieben AfD-Europaparlamentarier an. Bemerkenswerterweise ist ALFA damit mit ebenso vielen Abgeordneten im Europaparlament (EP) vertreten wie die bayrische CSU und vor der FDP fünftstärkste deutsche Kraft im EP. Unter den aktuell wohl 3000 Parteimitgliedern² befindet sich auch ein Teil der neu gewählten Abgeordneten der Bremer Bürgerschaft. Bemerkenswerterweise wechselte praktisch der gesamte ehemalige wissenschaftliche Beirat der AfD hinüber zu ALFA. Obwohl zunächst auf Grund der Spaltung der AfD keine große Zukunftsaussicht bescheinigt wurde, erlebte die AfD im Anschluss einen enormen Aufstieg bei den Umfragen. Dies kann im Wesentlichen auf die frühzeitige Besetzung der Themenfelder Migration und Flüchtlinge zurückgeführt werden. Die Neugründung ALFA hingegen schaffte es bislang in der medialen Aufmerksamkeit trotz der fünf Europaparlamentarier kaum über ein Nischendasein hinaus. In den Meinungsumfragen wird sie nicht gesondert aufgeführt. Ist ALFA trotz der Europaparlamentsfraktion wirklich eine vernachlässigbare Größe? Und inwieweit ist ALFA schlicht eine Neuauflage der AfD-Gründung mit Fokus auf den EURO? In diesem Beitrag möchte ich diesen Frage nachgehen. Auf Basis einer quantitativen Inhaltsanalyse von AfD-Pressemitteilungen und dem Gründungsprogramm von ALFA diskutiere ich zunächst, inwieweit die Programmatik zwischen beiden Parteien vergleichbar ist. Dabei zeigt sich, dass ALFA im internationalen Vergleich sich als liberal-konservative Partei darstellt, während sie in einer räumlichen Analyse des deutschen Parteiensystems konservativer als Union und FDP positioniert ist. Die Programmatik von ALFA könnte dabei als eine kon-

servative Spielart des Thatcherismus charakterisiert werden. Die Auswertung der Pressemitteilungen der AfD bis Sommer 2015 offenbaren, dass die AfD eine zunehmend extrem rechte Position auf dem Links-Rechts-Spektrum eingenommen hat – also schon vor der Spaltung. Das am 27. Februar 2016 beschlossene Grundsatzprogramm von ALFA ist im Gegensatz zum Gründungsprogramm nicht vollkommen frei von populistischen Argumenten. Die Folgen für das deutsche Parteiensystem sind durch eine dreifache Herausforderung charakterisiert. ALFA etabliert auf europäischer Ebene einen auf vorgeblicher oder tatsächlicher Wirtschaftskompetenz beruhenden Anti-EURO-Diskurs. Zwar nicht auf nationalstaatlicher, aber auf europäischer Ebene nimmt ALFA eine erklärtermaßen relationale Anti-System-Position ein.³ Ähnlich wie zuvor als „Ökonomenflügel“ innerhalb der AfD legitimieren sie somit einen Anti-System-Diskurs. Die AfD wiederum erscheint in der Folge mit ihrer auch auf nationalstaatlicher Ebene verfolgten Anti-System-Diskurs nicht mehr so extrem. Zudem kann sie auf die radikalere PEGIDA-Bewegung verweisen, gegenüber der sie wiederum moderater erscheint. Umgekehrt kann PEGIDA auf die AfD und ALFA verweisen, die auf jeweils anderen Ebenen einen relationalen Anti-Systemdiskurs betreiben. Der Beitrag schließt mit der Empfehlung, dass die der Idee des Meinungspluralismus anhängenden etablierten Parteien die Begründung ihrer Programmatik und ihrer auf Kompromiss ausgerichteten Ideologie offensiver vertreten sollten. Kurz: Mehr Programmatik wagen!

ALFA in Abgrenzung zur AfD

Die Spaltungs- und Entwicklungsgeschichte der AfD hin zu ALFA wird in diesen MIP im vorherigen Beitrag ausführlich dargestellt. Hier sollen nur kurz die für die Programmatik relevanten Verbindungslinien dargestellt werden. ALFA ging personell aus dem Beschluss des Vereins „Weckruf 2015“ hervor. Er hatte sich im Rahmen der personellen und inhaltlichen Auseinandersetzung im Frühjahr 2015 gegründet. Der Verein Weckruf 2015 berief sich explizit in seiner Programmatik auf die Politischen Leitlinien sowie das Europa- und Bundestagswahlprogramm. Daher sollte es nicht erstaunen, wenn das ALFA-Gründungsprogramm hier große Schnittmengen aufweisen würde. Tatsächlich warf die AfD ALFA vor, ein programmatisches Plagiat vorgelegt zu haben. Dieser Vorwurf bezog sich aber nicht auf die schon veröffentlichten Dokumente, sondern auf Passagen zum Islam

¹ Der Autor ist Akademischer Rat a.Z. am Institut für Sozialwissenschaften, Vergleichende Politikwissenschaft, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, und PRuF-Fellow.

² So Bernd Lucke am 2.2.2016 in einem Interview mit der Tageszeitung Augsburgener Allgemeine: www.augsburgerallgemeine.de/politik/ExParteichefLuckeattackiertAfDEinehaesslichePolitik?id36802747.html.

³ Zur Klärung der Begrifflichkeit siehe den vorherigen Beitrag von Franzmann, MIP 2016, S. 23 ff. (in diesem Heft).

aus der AfD-Grundsatzprogrammkommission.⁴ Andererseits betonten Lucke und Henkel bei der Gründung von ALFA, sich dezidiert von der AfD abgrenzen zu wollen. Wie passt das zusammen? Tatsächlich ist das ALFA-Gründungsprogramm beides: ein Abgrenzungsprogramm und ein in Stellen wortgleiches Programm verglichen mit früheren AfD-Programmdokumenten. Die hohe Übereinstimmung zu den offiziellen AfD-Dokumenten kann dabei kaum überraschen. Zum einen ist die aktuelle ALFA-Spitze zuvor maßgeblich bei der Formulierung der offiziellen AfD-Programmatik gewesen. Somit finden sich hier offenkundig Eigenplagiate, gegen die die AfD auch nicht vorgehen wollte. Zum anderen verlor die AfD auf dem Essener Parteitag ihren Programmkommissionsvorsitzenden Gustav Greve.⁵ Der hatte sich schon zuvor medial darüber beklagt, dass die AfD-Landesverbände Thüringen, Sachsen-Anhalt sowie die Person Alexander Gauland sich nicht in den offiziellen Programmprozess einbringen würden, aber von außen Forderungen stellten.⁶ Greve wollte die AfD programmatisch regierungsfähig machen und lehnte eine radikale Oppositionsrolle und somit die Positionierung als relationale Anti-Systempartei ab.⁷ Innerhalb der AfD wurde der Programmprozess von Albrecht Glaser, Beatrix von Storch und Alice Weidel übernommen. Alle drei stehen für einen klar national-konservativen Kurs. Insofern wird spannend sein, das voraussichtlich im April 2016 erscheinende Grundsatzprogramm der AfD mit der ALFA-Gründungsprogrammatik zu vergleichen. Zu erwarten wäre hier eine starke Themenverschiebung hin zu national-konservativen Themen. Auch die Weiterentwicklung der ökonomischen Themen und der Positionierung zum EURO sowohl bei der AfD als auch bei ALFA werden in den kommenden Jahren interessant zu beobachten sein, da ja nicht nur der Programmkommissionsvorsitzenden Greve, sondern wie schon erwähnt, der gesamte wissenschaftliche Beirat nach dem Essener Parteitag die AfD verließ. Seine Mitglieder sind nun alle im wissenschaftlichen Beirat von ALFA tätig. Hier gibt es zumindest eine hohe organisationale wie personelle Kontinuität. Dem wissenschaftlichen Beirat von ALFA gehören nur Ökonomen an. Wie schon bei der AfD sind dies Dirk Meyer, Helga Lucken-

bach, Charles Blankart sowie Roland Vaubel. Neu dabei ist Ulrich van Suntum, Volkswirtschaftsprofessor in Münster. Van Suntum war zuvor nicht bei der AfD aktiv und somit der einzige wirkliche „Neue“ in dem wissenschaftlichen Beirat. Er „ersetzt“ in gewisser Weise den ALFA-Europaabgeordneten Joachim Starbatty, der zuvor auch Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der AfD war. An programmatischen Dokumenten hat ALFA bislang das bei der Gründung am 19.7.2015 in Kassel vorlegte Parteiprogramm sowie ein gesondertes Konzept zur Asylpolitik vorgelegt. Die vorliegende Analyse wird sich im Wesentlichen auf das Gründungsprogramm konzentrieren. Weitere Dokumente wie das Asylkonzept und Pressemitteilungen zu programmatischen Standpunkten werden ergänzend zur Einschätzung herangezogen. Schließlich wurde noch cursorisch das am 27. Februar beschlossene neue Parteiprogramm von ALFA berücksichtigt. Eine Integration in die spätere räumliche Analyse war auf Grund des Redaktionsschlusses der MIP nicht mehr möglich. Tatsächlich ergibt die Berücksichtigung des neuen Programms noch wertvolle zusätzliche Informationen.

Die Programmatik von ALFA und ihre Einordnung ins deutsche Parteiensystem

Dem ALFA-Gründungsprogramm ist grundsätzlich anzumerken, dass es vor dem Hintergrund der persönlichen Erfahrung mit der Auseinandersetzung innerhalb der AfD entstanden ist. Dem Programm vorangestellt ist ein klares Bekenntnis zu einem pfleglichen innerparteilichen Umgang: „Wir stehen für Werte, die in unserer politischen Kultur verloren zu gehen drohen: 1. Streitkultur: Gute Politik fängt mit gutem Benehmen an...“ (ohne Formatierung zitiert; ALFA Programm, S. 2). Neben Streitkultur werden hier als zentrale Themen Rechtsstaat, mündige Bürger, gesellschaftliche Werte, Soziale Marktwirtschaft sowie Westbindung aufgeführt (ebd.). In der späteren eigentlichen Präambel erfolgt dann einerseits ein klares Bekenntnis zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, andererseits eine klare Abgrenzung von „technologiefeindlicher Stimmungsmache“ und „politische[r] Korrektheit“. Den sich aufdrängenden Eindruck, als zentralen programmatischen Gegner die Grünen zu sehen, bestätigte Hans-Olaf Henkel in einem Zeitungsinterview: „Wir brauchen ALFA wegen ihres Programms, wir legen uns ganz bewusst mit den Grünen an, wir sind technikfreundlich.“⁸

⁴ www.tagesspiegel.de/politik/ALFA-afd-wirft-bernd-lucke-plagiat-vor/12091118.html, 22.7.2015, zuletzt abgerufen am 10.2.2016.

⁵ www.handelsblatt.com/politik/deutschland/gustav-greve-afd-ordenker-schmeisst-hin/12055954.html, 14.7.2015, zuletzt abgerufen am 7.2.2016.

⁶ www.handelsblatt.com/politik/deutschland/afd-vorstand-gustav-greve-das-geschaefit-mit-macht-und-politik-sollten-wir-auch-wollen/11713948.html, 30.4.2015, zuletzt abgerufen am 7.2.2016.

⁷ Siehe Fn. 4.

⁸ ZEIT Online vom 30.12.2015, www.zeit.de/2015/51/hans-olaf-henkel-afd-hamburg-buehnenredner-kampf, zuletzt abgerufen am 2.2.2016.

Bei der Detailanalyse des Gründungsprogramms zeigt sich, dass im Vergleich zur AfD manche Unterschiede eher kosmetischer Natur sind. Neben begrifflichen Anpassungen äußert sich auf den ersten Blick der Unterschied zur AfD vor allem durch unterschiedliche Prioritätensetzung. Begrifflich lässt sich die Abgrenzung schon am ersten Themenpunkt „Bürgerrechte“ festmachen. Der Begriff „Bürgerrechte“ begegnet in den AfD-Leitlinien überhaupt nicht. Allerdings ist der folgende Abschnitt fast wörtlich an verschiedenen Stellen der AfD-Leitlinien zu finden. Das zweite Thema des ALFA-Gründungsprogrammes ist „Souveränität und Volksentscheide nach Schweizer Vorbild“. Hier gibt es immerhin einen bemerkenswerten Wandel und offenkundigen Lernprozess. In den AfD-Leitlinien hieß es noch: „Da wir die Demokratie ernst nehmen, befürworten wir die direkte Demokratie.“ Das ALFA-Gründungsprogramm spricht nun von einer „Ergänzung der parlamentarischen Demokratie durch plebiszitäre Elemente nach Schweizer Vorbild“ (ALFA, S. 6). Die Nuance hat eine weitreichende Konsequenz: Anders als die AfD geht es nun nicht mehr um die Einführung der „direkten Demokratie“, wie immer diese aussehen mag.⁹ Freilich sieht ALFA die aktuelle Praxis der deutschen Parteiendemokratie weiterhin sehr kritisch: „Die übergroße Macht der politischen Parteien soll beschnitten und die der Bürgerinnen und Bürger ausgeweitet werden.“ Die Themen Migration und Asyl bilden im ALFA-Gründungsprogramm nun die letzten Programmpunkte. Die Abschnitte sind deutlich ausführlicher gehalten als in den AfD-Leitlinien. Nach wie vor wird ein Einwanderungsgesetz favorisiert. Der inhaltliche Unterschied erscheint im Vergleich zu den AfD-Leitlinien nicht sonderlich groß. Allerdings formuliert das ALFA-Gründungsprogramm nun explizit, was für eine gelingende Einwanderungspolitik nicht zuträglich sei: „Ein ausländerfeindliches Klima ist dafür abträglich. Wir lehnen es strikt ab, Einwanderung nach "völkischen" oder kulturechauvinistischen Kriterien zu steuern.“ (ALFA,

S. 19-20). Die AfD-Gründungsanlassthemen EU und EURO finden sich in den Programmpunkten drei und vier. Auch hier ist eine geringfügige programmatische Weiterentwicklung zu erkennen. ALFA spricht sich nun konkret für einen Grexit aus. Zudem präzisiert ALFA die Vorstellung darüber, wie ein künftiges Europa aussehen sollte: „Wir befürworten ein Europa souveräner Staaten.“ (ALFA, S. 8). Präziser und ausführlicher im Vergleich zu den AfD-Vorgängerdokumenten sind die Erläuterungen zur Familien- sowie Umweltpolitik. Zudem gibt es einen eigenen Abschnitt zur Landwirtschaft. Schließlich findet sich doch ein programmatisch erheblicher Unterschied zur AfD: Im Kapitel „Soziale Marktwirtschaft und internationaler Handel“ spricht sich ALFA eindeutig gegen wirtschaftlichen Protektionismus und für das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP aus (ALFA, S. 9-10). Im Oktober 2014 hatte Starbatty zuvor noch offiziell in einem Mitgliederbrief innerhalb der AfD für TTIP geworben (AfD PM 22.10.2014). Marcus Pretzell hatte mit einem ebenfalls offenen Brief ablehnend geantwortet (AfD PM 24.10.2014) und etwas später der damalige AfD-Bundesprecher Konrad Adam ebenfalls (AfD PM 12.11.2014). Innerhalb der AfD-Programmkommission hatten sich in der Folge die TTIP-Befürworter nicht durchsetzen können.¹⁰ Noch vor Gründung von ALFA bekräftigte Alexander Gauland diese Haltung der AfD. Er machte allerdings weniger ökonomische denn außenpolitische Vorbehalte geltend und kritisierte, dass „durch die einseitige Anbindung an die USA [...] die ohnehin schwierige Verständigung mit Russland weiter erschwert“ [werde] (AfD PM 10.07.2015). Es geht ALFA mitnichten nur darum, sich nicht als daueroppositionelle Anti-Systempartei, wie die AfD es ist, zu verorten. ALFA ist offenkundig auch das Sammelbecken derer geworden, die sich eindeutig zu Westbindung, Freihandel und freie Marktwirtschaft bekennen.

Schlagen sich nun diese Modifikationen hinsichtlich der Präzisierung und einer moderateren Rhetorik auch in der quantitativen Analyse des Programms nieder oder stellt das ALFA-Gründungsprogramm schlicht wirklich nur eine Kopie der AfD-Leitlinien in neuem Gewand dar? Hierzu wurden auf Basis eines leicht modifizierten Kodierschemas des Manifestoprojektes (Volkens et al 2013; Modifikationen bei Franzmann 2016b ausführlich beschrieben) sowohl die AfD-Leitlinien als auch das ALFA-Gründungs-

⁹ Zu beachten ist, dass Populismus an sich in keiner Weise antidemokratisch sein muss. Auf den ersten Blick scheint sogar das Gegenteil der Fall zu sein: Viele populistische Parteien betonen, dass sie die „direkte Demokratie“ favorisieren und damit erst die „echte“ Demokratie propagieren. Gemeint ist hierbei die Befürwortung der vermehrten Durchführung direktdemokratischer Instrumente wie Volksabstimmungen auf Kosten des Repräsentationsprinzips. Pervertiert werden solche Forderungen allerdings dann, wenn sie primär auf die Beseitigung des in der Konzeption der liberalen Demokratie innewohnenden Gedankens des Minderheitenschutzes abzielen (Kielmansegg 2014). Die Forderung nach direkter Demokratie zielt dann eigentlich auf die Abschaffung wesentlicher Elemente der liberal-demokratischen Ordnung.

¹⁰ So Gustav Greve in einem Interview mit dem Handelsblatt vom 30.4.2015, www.handelsblatt.com/politik/deutschland/afd-vorstand-gustav-greve-das-geschaefit-mit-macht-und-politik-sollten-wir-auch-wollen/11713948.html, zuletzt abgerufen am 9.2.2016.

programm systematisch, Aussage für Aussage inhaltsanalytisch kodiert. Dies ermöglicht eine Aggregation der einzelnen Aussagen zu abstrakten Themen hervorhebungen in Prozent. Diese Werte können nun verschiedentlich analysiert werden. Zum ersten können so schlicht die programmatischen Prioritäten intersubjektiv nachvollziehbar ermittelt werden. Zum zweiten kann die prozentuale Ähnlichkeit zu anderen Programmen ermittelt werden (vgl. Franzmann 2008; Franzmann 2014). Dies gibt Auskunft über die mög-

weiterhin zu Vergleichszwecken ein künstliches Programm kreiert werden. Somit erhalten wir angesichts der Abwesenheit eines aktualisierten offiziellen AfD-Programmes einen Hinweis darauf, wie sich die AfD Ende Juni 2015 in der deutschen Öffentlichkeit programmatisch präsentierte. Hier gingen auch zahlreiche Pressemitteilungen späterer ALFA-Mitglieder, insbesondere der Europaabgeordneten, mit ein. Tabelle 1 fasst die Ergebnisse zusammen.

Tabelle 1: Programmatisches Profil von AfD und ALFA im Vergleich

<i>Themen</i>	<i>AfD Leitlinien 2014</i>	<i>ALFA Programm 2015</i>	<i>AfD PM 01 bis 06 2015</i>
TOP 1	Demokratie: 9,49%	Ökonomische Orthodoxie & Umweltschutz: Je 5,57%	EU negativ: 16,92%
TOP 2	Ökonomische Orthodoxie: 8,38%		Ökonomische Orthodoxie: 16,16%
TOP 3	Freiheitsrechte: 7,82%	Freiheitsrechte: 5,06%	Staatliche Autorität: 10,1%
TOP 4	Soziale Marktwirtschaft & Umweltschutz	Verwaltungseffizienz & Familie: 4,56%	Demokratie: 6,57%
TOP 5			Nationale Kultur: 4,8%
TOP 6	& Law & Order: je 5,58%	Law & Order: 4,30%	Law & Order: 4,55%
TOP 7	EU negativ: 5,03%	EU negativ & Internationalismus negativ & Demokratie: je 3,54%	Familie: 3,79%
<i>Skala: Wertebereich von 0 bis 10 (0 äußerster „linker“ Pol, 10 äußerster „rechter“ Pol, Wert unter 2 und ab 8 werden als „extrem“ interpretiert)</i>			
Links-Rechts	6,93	6,38	8,03
Ökonomische Skala	7,42	6,04	8,86
Gesellschafts-politische Skala (invers)	6,36 (3,64)	6,55 (3,45)	7,62 (2,38)
Ähnlichkeit zu den Leitlinien	100%	70%	62%
<i>Anmerkung: Themenhervorhebung gemessen in %-Anteil im Vergleich zu allen kodierbaren Aussagen</i>			

liche inhaltliche Nähe zu anderen Parteien und Parteienfamilien. Zum dritten können Parteipositionen ermittelt werden, sowohl für die abstrakte Links-Rechts-Dimension als auch für diverse Politikdimensionen.¹¹ Über eine gesonderte Auswertung der AfD-Pressemitteilungen im Zeitraum von Januar bis Juni 2015 mit demselben inhaltsanalytischen Schema konnte

Tatsächlich ist es trotz der in Teilen wörtlichen Übernahme von Passagen aus den AfD-Leitlinien ALFA inhaltlich gelungen, ein vergleichsweise moderates und ausgeglichenes Programm zu präsentieren. Erkennbar ist dies direkt an zwei Auffälligkeiten: Zum einen werden sehr viele Themen fast gleichberechtigt nebeneinander betont, anstelle nur ein Thema wie den EURO oder Flüchtlingspolitik extrem stark zu betonen und andere Politikfelder dafür überhaupt nicht. Die Spitzenwerte von über 5,5%

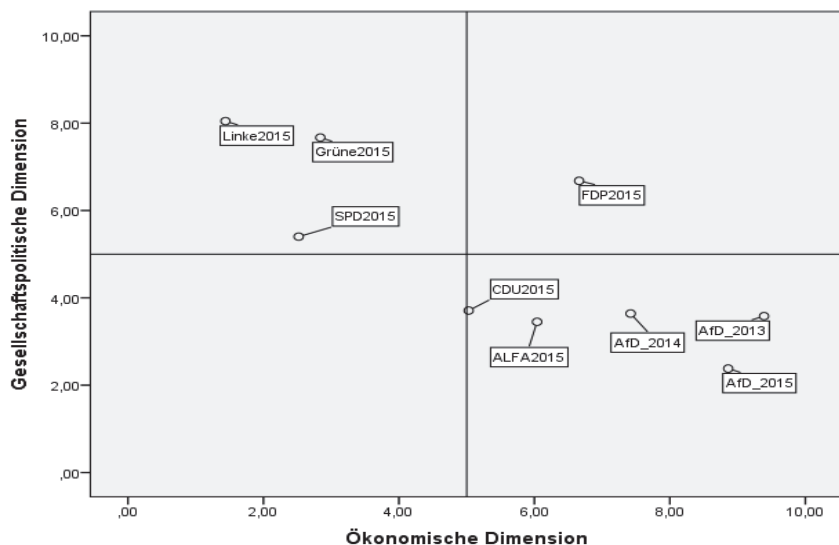
¹¹ Das technische Vorgehen zur Ermittlung der Links-Rechts-Positionswerte ist ausführlich bei Franzmann/Kaiser 2006 und Franzmann 2015 dargestellt.

in Umweltschutz sowie ökonomischer Orthodoxie sind bemerkenswert niedrig.¹² Zum anderen sind die aggregierten Links-Rechts-Positionen vergleichsweise moderat und als rechts der Mitte zu verorten. Die Werte von 6 bis 6,5 entsprechen zum Beispiel Positionierungen der CDU-Wahlprogramme in den 1950er Jahren sowie um die Jahrtausendwende (vgl. Franzmann/Kaiser 2006).¹³

weit weg von jeder Art extremer Gesamtpositionierung. Die kritische Auseinandersetzung mit der Europäischen Union ist scheinbar innerhalb der ALFA-Gründungsprogrammatik nicht mehr so dominierend. Das täuscht allerdings ein wenig. Die Haltung gegenüber der EU und insbesondere dem EURO ist nach wie vor sehr kritisch. Ein Austritt Deutschlands aus dem EURO wird weiterhin befürwortet für den Fall, dass kein Grexit erfolgt (ALFA, S. 8). Zudem orientiert sich ALFA in ihrer EU-Kritik nun stärker an einem nationalstaatlichen Souveränitätskonzept. Dies schlägt sich in der ebenso hohen Betonung der inhaltsanalytischen Kategorie „Internationalismus negativ“ nieder. Wird ferner berücksichtigt, dass die ökonomische orthodoxe Haltung von ALFA ihren Ausdruck auch in der EURO-Kritik findet, so bleibt ALFA weiterhin eine Partei, deren Kernthema in der Kritik des aktuellen Standes der Europäischen Union liegt. Ganz anders sind die Ergebnisse für die AfD Pressemitteilung im Halbjahr vor dem innerparteilichen Bruch.

Hier dominieren der Euroskeptizismus und wirtschaftliche Themen. Positive Hervorhebungen der nationalen (deutschen) Kultur finden sich ebenfalls noch in den am meisten angesprochenen Themen wieder. Im Aggregat können die Pressemitteilungen einen Links-Rechts-Skalenwert von knapp über 8 zugemessen werden. Ab Skalenwerte von 7,5 und höher fängt bei einer 0-10-Skala der Bereich an, in der sich in der Regel rechtspopulistische Parteien verorten lassen. Werte über 8 werden meist als extremistisch interpretiert. Diesen Wert überschreitet die AfD deutlich bei den ökonomischen Themen, nicht aber im gesellschaftspolitischen Bereich. Der extreme Wert könnte also durchaus auch durch die später zu ALFA abgewanderten Ökonomen erklärt werden. Im Vergleich zu den Leitlinien wird aber auf jeden Fall der klare, schon vor dem Essener Parteitag im Sommer 2015 vollzogene Rechtsrutsch der AfD deutlich. Das Programm von ALFA erscheint zudem etwas näher an den Leitlinien (70% zu 62% in der Ähnlichkeitsmessung).

Abbildung 1: Geschätzte offizielle programmatische Parteipositionen in Deutschland im Juli 2015*



* Entsprechend der üblichen Darstellung wurden liberale gesellschaftspolitische Positionen oben, autoritär-konservative Positionen unten abgetragen. Die Links-Rechts-Werte dieser Dimension wurden somit „umgedreht.“

Diese moderate Positionierung geht im Wesentlichen auf das Thema „Umweltschutz“ sowie den sozialstaatlichen Maßnahmen zur Familienförderung zurück. Ohne diese Themen erscheint ALFA im Aggregat durchaus etwas „rechter“, aber immer noch sehr

¹² Die Kodierung des ALFA-Gründungsprogrammes erfolgte unter Beteiligung des Lehrforschungsprojektes „Sozialwissenschaftliche Inhaltsanalyse“ an der HHU Düsseldorf. Allen Teilnehmern möchte ich hierfür danken. Zunächst wurde das vollständige Programm vom Autor kodiert. Davon unabhängig erfolgten Kodierungen einzelner Teile des ALFA-Gründungsprogrammes durch zwei bis drei Studierende. Diese unabhängigen Kodierungen wurden miteinander verglichen und ggf. angepasst. Schließlich erfolgte durch den Autor mit zweimonatlichem Abstand eine erneute Kodierung. Für die Reliabilität zwischen den ersten und dieser letzten Kodierung durch den Autor wurde ein akzeptabler Holsti-Koeffizient von 0,81 ermittelt. Der relativ niedrige Wert der Spitzenthemen wurde dabei stets bestätigt.

¹³ In allen anderen Phasen wurden moderatere Links-Rechts-Werte für die CDU/CSU ermittelt. Die später in der Graphik 1 relativ mittige derzeitige Platzierung der Union ist im historischen Vergleich nicht so ungewöhnlich, wie es manche Kommentierungen aktuell vermuten lassen.

Zur besseren Interpretation der Zahlenwerte eignet sich die räumliche Darstellung der Politikdimensionen. Hierzu eignet sich für Deutschland besonders gut eine zwei-dimensionale Darstellung, in der eine ökonomische und gesellschaftspolitische Dimension abgetragen werden (Pappi 1973, Kitschelt 2003). Abbildung 1 gibt dabei den geschätzten Stand zum Zeitpunkt Juli 2015 wieder.¹⁴

Bei der räumlichen Darstellung wird offenkundig, dass sich ALFA und AfD im rechten unteren Quadranten mit sowohl ökonomisch als auch gesellschaftspolitisch rechten Positionen befinden. Diagonal gegenüber liegt der Quadrant mit Linken, Bündnis90/Grüne und SPD, die fast spiegelbildlich platziert sind. Ökonomisch sind die Grünen dabei sogar leicht rechts der SPD platziert. Ihre gesellschaftspolitische linke Position spiegelt ferner die hohe Betonung von Umweltthemen wider, die hier im Sinne der GAL-TAN (grün, alternativ, libertär vs. traditional, autoritär und national) Dimension (Marks et al, 2006) unter den nicht-ökonomischen, gesellschaftspolitischen Themen subsumiert wurde. Ihre Positionierung wäre ansonsten deutlich zentraler. Die Union ist die Partei, die ökonomisch am nächsten der Mitte kommt und insgesamt im zwei-dimensionalen politischen Raum Deutschlands derzeit die zentrale Position einnimmt. Von einer gedachten Diagonale mit Startpunkt der Linken links oben hin zur AfD im Jahre 2015 liegt nur die FDP etwas abseits. Sie kombiniert als einzige Partei gesellschaftspolitische liberale Positionen mit ökonomisch marktorientierten Forderungen. Die ökonomische Dimension betreffend liegen FDP, ALFA sowie die AfD-Leitlinien praktisch in derselben Zone. Gut zu erkennen ist, dass das ALFA-Gründungsprogramm räumlich rechts der Union und links der AfD-Leitlinien verortet werden kann. Die Positionierung der AfD auf Ba-

sis der Pressemitteilung liegt auf beiden Dimensionen rechts der Leitlinien. Allerdings wies auch schon das Bundestagswahlprogramm eine ökonomisch extreme Positionierung auf.¹⁵

Über die vergleichende Ermittlung programmatischer Ähnlichkeiten mit europäischen Wahlprogrammen einzelner Parteien sowie Parteifamilien lassen sich weitere Anhaltspunkte zur Klassifizierung des ALFA-Gründungsprogrammes ermitteln. Dabei bestätigt sich der Eindruck der räumlichen Analyse.

Tabelle 2: Ähnlichkeiten des ALFA-Gründungsprogrammes mit historischen Wahlprogrammen anderer Parteien:

Ähnlichkeit (%)	Land	Jahr	MARPOR Code	Parteiame
68,59%	Litauen	1996	88420	LCS (<i>Litauische Zentrumunion</i>)
67,93%	Deutschland	2009	41521	CDU/CSU
67,71%	Frankreich	1978	31621	RPR - Gaullisten
67,16%	Österreich	1994	42520	ÖVP
67,12%	Großbritannien	2010	51620	Konservative
66,95%	Deutschland	2013	41521	CDU/CSU
66,60%	Deutschland	2013	41420	FDP
66,09%	Niederlande	1989	22420	VVD
65,87%	Schweiz	1983	43810	SVP/UDC

Das ALFA-Gründungsprogramm weist hohe Übereinstimmungen mit den jüngeren Unionswahlprogrammen sowie mit dem 2013-Wahlprogramm der FDP auf. Die höchste Übereinstimmung aus der MARPOR-Datenbank weist es mit dem Programm der litauischen Zentrumspartei auf, einer agrarisch-liberalen Partei. Es ähnelt ferner zu über 2/3 den Programmen der französischen Gaullisten 1978, der ÖVP 1994, den britischen Konservativen von 2010, der niederländischen VVD 1989 sowie der schweizerischen SVP 1983. Dies sind durch die Bank liberal-konservative Programme mit einer starken Betonung der nationalstaatlichen Souveränität. Verglichen mit den Programmen der Parteifamilien in Europa seit 1990 im Durchschnitt zeigt sich eine bemerkenswert ausgeglichene Ähnlichkeit mit diversen bürgerlichen

Das ALFA-Gründungsprogramm weist hohe Übereinstimmungen mit den jüngeren Unionswahlprogrammen sowie mit dem 2013-Wahlprogramm der FDP auf. Die höchste Übereinstimmung aus der MARPOR-Datenbank weist es mit dem Programm der litauischen Zentrumspartei auf, einer agrarisch-liberalen Partei. Es ähnelt ferner zu über 2/3 den Programmen der französischen Gaullisten 1978, der ÖVP 1994, den britischen Konservativen von 2010, der niederländischen VVD 1989 sowie der schweizerischen SVP 1983. Dies sind durch die Bank liberal-konservative Programme mit einer starken Betonung der nationalstaatlichen Souveränität. Verglichen mit den Programmen der Parteifamilien in Europa seit 1990 im Durchschnitt zeigt sich eine bemerkenswert ausgeglichene Ähnlichkeit mit diversen bürgerlichen

¹⁴ Das Wort Schätzung sollte hier ernst genommen werden. Neue Positionen zwischen den Bundestagswahlen lassen sich valide nur durch zur Hilfenahme neuer Dokumente erheben. Hier wurden die AfD-Leitlinien, die AfD-Pressemitteilung sowie das ALFA-Gründungsprogramm berücksichtigt und die Werte für die anderen Parteien ggf. im Rahmen des Verfahrens von Franzmann/Kaiser (2006) angepasst.

¹⁵ Für das AfD-Wahlprogramm von 2013 wurde eine eigene, von MARPOR abweichende Kodierung vorgenommen (Franzmann 2014; Franzmann 2016b). Hier wurde die ökonomische Begründung der EURO-Kritik explizit berücksichtigt, bei MARPOR nicht.

Parteifamilien. ALFA zeigt die höchste Ähnlichkeit zu Special Issue Parteien mit fast 70%. So hoch ist üblicherweise die Übereinstimmung zwischen zwei Programmen ein und derselben Partei (Hennl/Franzmann 2016). Mit Christdemokraten und den Liberalen zeigt das Programm eine ähnlich hohe inhaltliche Übereinstimmung, in nur etwas geringerem Ausmaß mit Nationalisten und Konservativen.

Tabelle 3: Ähnlichkeit des ALFA-Gründungsprogrammes mit Parteifamilien innerhalb der EU (seit 1990)

70,85%	Special Issue Parteien
69,28%	Christdemokraten
69,07%	Liberale
67,20%	Nationalisten
66,77%	Konservative

Die Selbsteinschätzung von ALFA bestätigt dies. ALFA bekennt sich aktuell klar zur Zusammenarbeit mit dem Brüsseler Think Tank „New Direction“. Dieser bezieht sich in seiner Gründung und in seinem Wirken auf die ehemalige britische Premierministerin Margaret Thatcher. Thematisch verfolgt er erklärtermaßen die Verbreitung des Konservatismus und Etablierung eines Europas der Nationalstaaten. Als Vision verfolgt er freies Unternehmertum, niedrige Steuersätze, Individualismus und eine militärisch starke transatlantische Allianz.¹⁶ Die innenpolitisch eher konservative Ausrichtung sowie den Schwerpunkt auf wirtschaftspolitische Themen bestätigte der ALFA-Parteivorsitzende Bernd Lucke in verschiedenen Interviews. Dort bezeichnete er die Auseinandersetzung über PEGIDA und den Anti-Islamismus als die eigentlichen Spaltungsthemen in der AfD.¹⁷ Stärker als im verabschiedeten Parteiprogramm äußern sich Vertreter von ALFA in ihren Pressemitteilungen als Anwälte des freien Marktes. Dort warnt Lucke vor der Wiedereinführung der Vermögenssteuer¹⁸, Henkel fordert die Abschaffung der Erbschaftsteuer¹⁹ und Starbatty und später auch Lucke warnen grundsätzlich vor der Etablierung einer europäischen Transferrunion²⁰. Diese Äußerungen sind ein klarer Hinweis auf eine absehbare deutlich „rechtere“ im Sinne wirt-

schaftsliberalerer Positionierung von ALFA in künftigen Programmen als dies im Gründungsprogramm festgehalten wurde. Sie erstaunen aber auch nicht, da die Protagonisten zuvor innerhalb der AfD schon ähnliche Positionen vertraten. Das am 27. Februar 2016 beschlossene neue Programm von ALFA bestätigt diese Vermutung. Die thematische Ausgeglichenheit des Gründungsprogrammes hat sich insofern verschoben, als dass das Kapitel zur Wirtschaftspolitik mit 20 Seiten doppelt so lang ist wie das nächstlängere. Das Kapitel Wirtschaftspolitik beginnt mit Haushalts- und Steuerpolitik. Es finden sich nun im Programm die oben erwähnten Forderungen nach Abschaffung der Erbschafts- und Vermögenssteuer sowie darüber hinaus der Abschaffung bzw. Umwandlung der Gewerbe- und der KFZ-Steuer (ALFA 2016: 44 & 46). Eine grundlegende Reform der Einkommenssteuer nach dem „Kirchhoff-Modell“ des Stufentarifs sowie eine Reduzierung der Ermäßigungstatbestände in der Umsatzsteuer werden favorisiert (ebd.: 44-45). Die aktuelle Mindestlohnregelung wird abgelehnt (ebd.: 50-51). Das Kapitel zur Umweltpolitik, im Gründungsprogramm noch Topthema, ist thematisch ganz nach hinten sortiert. Zuvor widmet sich ALFA im Rahmen der Energiepolitik auch umweltpolitischen Fragen und fordert „den deutschen Atomausstieg vor dem Hintergrund neuerer wissenschaftlicher Erkenntnisse und Fortschritte zu überprüfen.“ Interessanterweise setzt ALFA in der Umweltpolitik auf einen einheitlichen europäischen Standard (ebd.: 79). Grundsätzlich sieht ALFA die EU als „eine Union souveräner Staaten“, favorisiert Subsidiarität und lehnt „überflüssige Harmonisierung“ ab (ebd.: 14). Das neu beschlossene Programm von ALFA äußert sich ausführlicher als zuvor konkret zu den Politikfeldern, die als europäische Aufgaben angesehen werden. Diese sind vor allem der Binnenmarkt, die Wettbewerbskontrolle, der internationale Handel, grenzübergreifende Infrastrukturprojekte sowie die schon angesprochene Energie- und Umweltpolitik (ebd.: 16-17). Die Auflösung des EURO-Währungsgebietes ist wie schon bei der AfD-Gründung 2013 nun auch eine ALFA-Kernforderung:

„Die Währungsunion ist deshalb aufzulösen oder auf eine kleinere Kernwährungsunion der unzweifelhaft stabilitätsorientierten Mitgliedsländer zurückzuführen... Sollte weder eine Auflösung der Währungsunion noch ihre Reduktion auf wenige stabilitätsorientierte Länder durchsetzbar sein, darf auch

¹⁶ europeanreform.org/index.php/site/mission, zuletzt abgerufen am 30.1.2016.

¹⁷ Interview in der Augsburger Allgemeinen vom 20.7.2015, www.augsburger%adallgemeine.de/politik/Bernd%ADLucke%ADrechnet%ADab%ADPutin%ADFreunde%ADsollen%ADbei%ADder%ADAfD%ADbleiben%ADid34864922.html, zuletzt abgerufen am 2.2.2016.

¹⁸ ALFA PM Lucke vom 29.1.2016.

¹⁹ ALFA PM Henkel vom 27.1.2016.

²⁰ ALFA PM Lucke vom 8.2.2016 und ALFA PM Starbatty vom 27.1.2016.

ein einseitiger Ausstieg Deutschlands aus dem Euro und eine Wiedereinführung der D-Mark kein Tabu sein.“ (ebd.: 19).

Recht ausführlich ist auch das Kapitel „Geistiges Leben“. ALFA befürwortet das dreigliedrige Schulsystem und lehnt eine verordnete gendergerechte Sprache ab (ebd.: 33-35). Ein Unterkapitel behandelt Pressefreiheit und Medienpolitik. ALFA sieht faktische „Einschränkungen der Meinungsfreiheit. Vor allem in Fragen der Zuwanderungspolitik“ (ebd.: 40). Dabei betont ALFA selbst den Unterschied von Asyl- und Zuwanderungspolitik (ebd.: 19). Asyl sei nach den jeweiligen kommunalen Kapazitäten zu gewähren (ebd.: 21), die Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen mit einem Gesetz zu regeln (ebd.: 22). Sozialpolitisch setzt sich ALFA vor allem für die finanzielle Förderung von Familien ein (ebd.: 43 & 51 & 65-67). Ein nationaler Rentenversicherungsfonds soll die Probleme in der Altersvorsorge lösen (ebd.: 69). In der Gesundheitspolitik möchte ALFA die DRG-Pauschalen abschaffen und eine Grundversorgung einführen (ebd.: 73-74). Neben dieser Präzisierung und Akzentverschiebung gegenüber dem Gründungsprogramm fällt der stellenweise aggressivere Tonfall auf. Das neu beschlossene Parteiprogramm tritt insbesondere gegenüber den etablierten Parteien offensiver auf. Es dominiert Anti-Parteienrhetorik. In der Präambel heißt es nun: „ALFA fordert [...] ein Aufbrechen der alles dominierenden Parteienherrschaft“ (ebd.: 7), später wird von „ausufernden Machtansprüchen der Parteien“ (ebd.: 24) gesprochen. Den etablierten Parteien und nicht dem gesellschaftlichen Wandel werden die Probleme des aktuellen Schulsystems sowie des Familienzusammenhaltes angerechnet (ebd.: 35 & 65). Demokratie und Rechtsstaat seien nicht mehr in vollem Umfang gewährleistet, weil die Regierung den Willen des Volkes ignoriere (ebd.: 7). In der Gesamtbetrachtung ist das neue Parteiprogramm von ALFA nicht mehr so moderat wie das Gründungsprogramm. In der obigen räumlichen Analyse des deutschen Parteiensystems würde es vermutlich ökonomisch den AfD-Leitlinien von 2014 bei einer zugleich leicht gesellschaftspolitisch konservativeren Position entsprechen. ALFA ist nicht mehr so nahe an der aktuellen Position der Union positioniert.

Das Profil von ALFA erscheint derzeit insgesamt wie das einer klassisch konservativen Partei, ähnlich der britischen Konservativen, bei denen wirtschaftsliberale Positionen, Freihandelsphilosophie, nationalstaatliche Souveränität und Betonung der traditionellen Familie Hand in Hand gehen. Es schimmert durchaus

ein ähnliches Staatsverständnis wie bei Burke hindurch, der die Familie als Grundlage des organischen Wachstums der bürgerlichen Gesellschaft und der Nation darstellt (Burke 1967 [1794]: 357). Aber ALFA widerspricht ebenso wie die heutigen britischen Tories an entscheidenden Stellen dem klassischen Konservatismus bei Burke, der durchaus staatlich-paternalistisches Verhalten zum Schutz des Einzelnen vor selbstschädigendem Verhalten empfahl (ebd.: 137-138). Dazu gesellt sich eine Präferenz direktdemokratischer Instrumente und tiefgehendes Misstrauen gegenüber der Parteiendemokratie.

Diskussion: Auswirkungen auf das deutsche Parteiensystem

Das aktuelle ALFA-Parteiprogramm kann insgesamt als konservativ-national-wirtschaftsliberales Programm gekennzeichnet werden. Es stellt eine gesellschaftspolitisch konservative Spielart des Thatcherismus vor dem Hintergrund des politischen Systems Deutschlands dar. Die Frage, inwieweit die AfD nach dem personellen Aderlass seit dem Sommer 2015 jetzt eine rechtspopulistische oder rechtsextreme Partei sei, stellt sich nach der vorangegangenen Analyse so nicht. Tatsächlich war die AfD vor dem Bruch schon im Sommer 2015 weit rechts positioniert. Es stellt sich vielmehr die Frage, ob diese Positionierung direkter Ausfluss einer extrem rechten Ideologie war oder schlicht das Ergebnis des Versuches unterschiedlicher Flügel der Parteispitze extreme Parteimitglieder auf ihre Seite zu ziehen. Die Antwort auf diese Frage würde uns zugleich einen Hinweis darauf geben, inwieweit ALFA tatsächlich der nicht-populistische, nicht-rechtsextreme Neuanfang der AfD ist. Zu diesem Zeitpunkt können wir uns nur auf Indizien zur Herleitung einer besten Erklärung stützen. Auf den ersten Blick erscheint das ALFA-Gründungsprogramm in der Tat als moderat. Es ist programmatisch ausgeglichen, wenn auch konservativ und ungefähr dort zu verorten, wo die CDU in der Vergangenheit phasenweise zu finden war. Die öffentlichen Bekenntnisse von Lucke und Henkel sowie der dem ALFA-Grundsatzprogramm vorangestellte Verhaltens- und Wertekatalog bestätigen diesen Eindruck.²¹

²¹ Henkel in ZEIT ONLINE „Ich fühle mich verpflichtet, alles zu tun, um zu verhindern, dass diese AfD Fuß fasst, so wie sie heute dasteht. Und da ist ALFA ein Mittel. Das ist für mich auch eine Art, ich will mal sagen: Korrektur dessen, was ich mitgeholfen habe anzurichten.“, Quelle: ZEIT Online vom 30.12.2015, www.zeit.de/2015/51/hans-olaf-henkel-afd-hamburg-buehnenredner-kampf, zuletzt abgerufen am 2.2.2016.

Dagegen spricht, dass auch schon unter Lucke die AfD sich extrem positionierte, neben der Eurokritik gezielt innenpolitische Themen auf die Agenda setzte, Lucke selbst in der Anfangsphase sich in Wahlkämpfen populistischer Stilmittel bediente und der Prozess der Radikalisierung unter ihm nicht gestoppt werden konnte. Die Verwendung populistischer Stilmittel erfolgte dabei nicht zufällig. Gauland und Lucke bezogen sich auf Martin Luther und rühmten sich, dem „Volk aufs Maul“ zu schauen.²² Programmatisch stellt lediglich das Bekenntnis zum Freihandel und TTIP eine wirklich unüberwindbare inhaltliche Kluft zwischen AfD und ALFA dar. In zunehmendem Maße ist dies auch hinsichtlich unterschiedlicher Auffassungen bezüglich der Notwendigkeit von Umverteilung der Fall. Dabei ist die moderate Grundhaltung des von der AfD zu ALFA gewechselten Personals durchaus glaubhaft. Sie haben sich im innerparteilichen Streit klar für eine sachorientierte, konstruktive Opposition ausgesprochen und lehnten einen auch nur temporären Anti-Systemcharakter ab (Franzmann 2016).

ALFA hat sich zwar einerseits als eine konservativere Alternative zur Union aufgestellt. Sie verfügt jedoch in den für konservativ orientierte Wähler gesellschaftspolitisch relevanten Gebieten im Gegensatz zur AfD über keine Themenführerschaft. Zugleich ist ALFA auch eine konservative Ausgabe der FDP. In ökonomischen Themen ist sie ähnlich wie die FDP positioniert, nur stellenweise radikaler. Bei den Bundestagswahlen konnte die AfD um Lucke schon bei Mittelständlern mit dieser Ausrichtung punkten (Niedermayer 2015). ALFA verfügt über einen wissenschaftlichen Beirat durchaus angesehener Ökonomen. Nicht nur durch die fast vollständige Personengleichheit wird sie die Kompetenz für die marktwirtschaftlich orientierte Politik für sich beanspruchen. Der Slogan „Stoppt Merkel“ aus der Anfangszeit könnte somit in der Realität eher in ein Programm zur Verhinderung eines FDP-Comebacks münden. Konsequenterweise startete ALFA Formen der Negativkampagnen gegen die FDP. Henkel griff vor dem FDP-Dreikönigstreffen die FDP direkt an: „die FDP war maßgeblich an der Zerstörung des Maastricht-Vertrages beteiligt, sie ist treibende Kraft bei der Aushöhlung der Eigenverantwortung nationaler Parlamente zugunsten einer maßlosen Zentralisierung in Brüssel“ (ALFA PM 5.1.2016). Der Ökonom Roland

²² Gastbeitrag von Alexander Gauland im Tagesspiegel vom 3.12.2013, www.tagesspiegel.de/meinung/andere-meinung/alter-native-fuer-deutschland-dem-volk-aufs-maul-schauen/9156064.html, zuletzt abgerufen am 15.2.2016; zur Berichterstattung im SPIEGEL über AfD interne E-Mails von Bernd Lucke, DER SPIEGEL vom 17.1.2015, www.spiegel.de/spiegel/print/d-131355078.html.

Vaubel, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates von ALFA, griff in einem Blogbeitrag ebenfalls die FDP an. Er unterstellt ihr eine Partei von „Zentralisierer[n] und Harmonisierer[n]“ zu sein und die Idee der Subsidiarität zu vernachlässigen.²³ Das im Februar beschlossene Parteiprogramm erwähnt sogar die FDP explizit als Urheber der Umsatzsteuervergünstigung für Hoteliers (ALFA 2016, S. 45). Eine solche Form der Negativkampagne ist für Grundsatzprogramme eher ungewöhnlich. Die EP-Abgeordneten von ALFA sind auf europäischer Ebene Mitglied der „Freedom of Choice“, eine von einem finnischen Liberalen gegründete parteiübergreifende eurokritische Vereinigung (ALFA PM 7.12.2015).

Aus politikwissenschaftlicher Sicht kann die ALFA-Gründungsprogrammatik trotzdem nicht als eine Spielart des Liberalismus gekennzeichnet werden. Giovanni Sartori (2006: 363-369) wies darauf hin, dass häufig ökonomischer *Liberismus* mit politischem Liberalismus verwechselt würde. Ein solcher *Liberismus* wird von ALFA und wurde bereits zuvor von der AfD propagiert. Im klassischen, politischen *Liberismus* steht die Meinungsfreiheit des Individuums im Mittelpunkt (Hayek 1959: 591). Zu ihrer Verwirklichung bedarf es nach Ansicht des Liberalismus der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft (ebd.). Ohne ökonomische Freiheit kann es nach Überzeugung des Liberalismus keine gesellschaftliche Freiheit geben. Diese Argumentation kommt am deutlichsten in Mills Werk „On Liberty“ zum Ausdruck (1969 [1859]). Logisch kann nur die Meinungsfreiheit am Anfang liberalen Denkens stehen. Aus der Meinungsfreiheit folgt die Handlungsfreiheit, aus der Handlungsfreiheit die Vereinigungsfreiheit sowie die wirtschaftliche Freiheit (ebd.). Die umgekehrte Beziehung funktioniert logisch nicht. Aus der wirtschaftlichen Freiheit folgt eben logisch zwingend weder Handlungs- noch Meinungsfreiheit. Wirtschaftliches Handeln ist nur frei im Rahmen der allgemeinen Handlungsfreiheit und vor der Handlung steht die Originalität des Individuums, die sich wiederum nur unter der Bedingung der Meinungsfreiheit entfalten kann (ebd.: 64-75). Daher liegt im klassisch-bürgerlichen Liberalismus die zentrale, prioritäre Betonung auf der Meinungsfreiheit als logischer Ausgangspunkt jeder wirklich liberalen Ideologie, weshalb auch Sartori (2006: 369) zum Schluss kommt, den Wirtschaftsliberalismus nicht zum klassischen Liberalismus zu zählen. War zu Lebzeiten von Hayek der Irrglaube verbreitet, dass gesellschaftlicher Liberalismus ohne ökonomischen Libe-

²³ ALFA-bund.de/blog/vaubel-drei-erscheinungsformen-des-liberalismus, zuletzt abgerufen am 15.2.2016.

ralismus zu haben sei, scheint jetzt der umgekehrte Irrtum verbreitet: der Glaube, dass alleine ökonomische Freiheit auch gesellschaftliche Freiheit garantiere. Dem *Liberismus*, sofern er vollkommen losgelöst von gesellschaftspolitisch liberalen Vorstellungen vorgetragen wird, fehlt es an der argumentativen Eleganz sowie logischen Stringenz, wie sie Mill für den klassischen Liberalismus entwickelte. Dies gilt im Grunde für jede Form von Bindestrich-Liberalismus, also auch einem wie immer gearteten Wohlfahrtsliberalismus (vgl. Sartori 2006: 372). Nun mag die Kategorie der logischen Stringenz nur für den Politikwissenschaftler von Interesse sein. Politisch ist es natürlich nicht verboten, eine Partei mit einem nationalstaatlich orientierten Wirtschaftsliberalismus konservativer Prägung als Kernideologie zu begründen. Es ist dann aber eine konservative Partei, ähnlich wie die britischen Tories, und eben keine liberale Partei. Die logische Leerstelle können AfD und ALFA über die Adressierung unterschiedlicher politischer Ebenen füllen. Bei ALFA ist es der international maximalst wettbewerbsfähig zu haltende Nationalstaat, der die Idee des Wirtschaftsliberalismus in die Praxis umzusetzen hat. Dies wird als liberale Subsidiarität interpretiert. Somit werden die Widersprüchlichkeit von Nationalstaat und Freihandel in der Programmatik von ALFA dialektisch zu einer Synthese zusammengeführt. Bei der AfD kommen kulturalistische Begründungen des Nationalstaates hinzu, die wiederum nicht gut mit Freihandelüberlegungen kombinierbar sind.

Eine zunehmende Verengung der ALFA-Programmatik auf solche ökonomischen Konzepte würde tatsächlich zu einer „dünnen“ Ideologie führen. Die Frage für die Zukunft wird sein, inwieweit ALFA sich ein elaboriertes gesellschaftspolitisches Programm gibt, das die sich wieder abzeichnende Dominanz ökonomischer Themen ausbalanciert. Kann wirklich ausgeschlossen werden, dass dies nicht wieder über einen populistischen Diskurs erfolgt, zumal ALFA wie gesehen ein starkes Misstrauen gegenüber der Parteiendemokratie hegt? Im aktuellen Wahlwerbespot zu den Landtagswahlen pflegt ALFA das Protestimage und empfiehlt sich für alle, „die es satt haben“. Gemeint ist hier die Sättigung mit dem „Einheitsbrei“ der etablierten Parteien, denen zugleich extrem rechte Positionen auch nicht schmecken.²⁴ Dieser Werbespot ist nicht weiter entfernt von dem, was wir von anderen europäischen Populisten gewohnt sind. Er mag aber auch so angelegt sein, um gezielt potentielle Wähler der AfD für ALFA zu gewinnen.

²⁴ www.youtube.com/watch?v=RpSoslUp3M, zuletzt abgerufen am 20.2.2016.

Etablierungsursachen für die Parteien rechts der Union

Die drohende Etablierung mindestens einer Partei rechts jenseits der Union im deutschen Parteiensystem kann durchaus auf ein verändertes Verhalten der Unionsparteiführung zurückgeführt werden. Dabei sind für die CDU die vergleichsweise mittigen Positionen nicht unbedingt untypisch. Solche Positionen haben Christdemokraten in Europa häufig inne (Frey 2009). Vielmehr galt offenkundig das Verhindern des Aufkommens einer Partei rechts der Union nicht mehr das Hauptaugenmerk. Dieses Diktum bedeutete ja in der alten westdeutschen Bundesrepublik auch, im Zweifel Wählerwanderungen zu FDP und SPD eher in Kauf zu nehmen als Abwanderungen nach rechts. Entsprechend fanden national-konservative Positionen immer wieder Unterschlupf in CDU und CSU. Dies ist unter Merkel definitiv nicht mehr in der früheren Konsequenz der Fall. Was aber auch unter einem anderen Kanzler und CDU-Vorsitzenden wie Helmut Kohl der Fall gewesen wäre, ist sicherlich die Stützung der EURO-Rettungspolitik. Einen solchen Gründungsanlass gab es nun erstmalig mit der EURO-Krise. Mit dem Image der ökonomischen Kompetenz konnte die AfD mit dem Parteisprecher Lucke als moderater Türöffner für extremere Positionen dienen (Art 2011; Arzheimer 2015). Das zuvor in Westdeutschland geltende Tabu der Formulierung von Anti-Systempositionen, welche die Etablierung rechtspopulistischer Parteien trotz günstiger Rahmenbedingungen jahrzehntelang verhinderte (Decker/Hartleb 2006), wurde gebrochen. Auch wenn AfD und ALFA nicht auf den ersten Blick als typische Repräsentanten von für den Rechtspopulismus anfälligen Modernisierungsverlierern gelten können (Betz 1994; Kitschelt/McGann 1995; Spier 2006), lässt sich ihre Programmatik als Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung lesen. Die Antwort von ALFA ist die Herstellung eines maximalst wettbewerbsfähigen Nationalstaates. Der EURO und seine Rettungspakete sind aus diesem Blickwinkel schlicht eine Bürde, die den einen Staaten Ressourcen für den Wettbewerb und den anderen Staaten die Anreize zur Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit nehmen. So erklären sich auch die Grünen als zentrales Feindbild. Deren Technikskepsis wird ebenfalls als ein potentielles Wachstumshemmnis identifiziert. Zwar erscheint für ALFA auf bundespolitischer Ebene derzeit die parteipolitische Konkurrenz zu groß. Aber auf europäischer Ebene könnte sie weiterhin attraktiv für unionsaffine Wähler sein, die die Eurorettungs- sowie Einwanderungspolitik der Regierung Merkel nicht mittragen. Bei der um ein Großteil der

Ökonomen befreiten AfD kommen zudem Sorgen um den Erhalt der nationalen Identität sowie wohlfahrtsschauvinistische Überlegungen hinzu. Die AfD ähnelt hier am ehesten rechtspopulistischen Parteien im europäischen Ausland, die sich auf einer kulturellen Konfliktachse gegen kosmopolitische Einstellungen positionieren (Bornschiefer 2010). Die extremste Opposition gegen den Kosmopolitismus, ja im Grunde gegen die offene Gesellschaft an sich formuliert die PEGIDA-Bewegung. Die sich dort äussernden extremen Ressentiments steigern sich zur vollpopulistischen Weltverschwörungsideologie und speisen sich dabei nach Vorländer et al. (2016) vorwiegend aus der Angst vor einem regionalen Identitätsverlust. Das Aufkommen der AfD mag hier ebenfalls der Türöffner zum öffentlichen Bekenntnis zu diesen Positionen gewesen sein (ebd.). Ihre Persistenz verdankt sie vermutlich in einem nicht geringem Ausmaß einer politisch-kommunikativen Katastrophe, nämlich zum Höhepunkt der Flüchtlingskrise dem Merkel Ausspruch „Wir schaffen das.“ Was wohl als Ausdruck des Bekenntnisses zur christlichen Nächstenliebe und der offenen Gesellschaft gedacht war, wurde als Konstatierung einer grenzenlosen Gesellschaft aufgenommen. Eine offene Gesellschaft im Sinne Poppers (1945) ist aber niemals eine grenzenlose Gesellschaft, weder im Inneren noch im Äusseren. Sowohl im Inneren als auch im Äusseren hat sie klare Grenzen gegenüber den Anhängern geschlossener Gesellschaften. Wie diese Grenzen zu ziehen sind, wird eine der Kernaufgaben der Politik in den kommenden Jahren sein.

Nun sind langfristig AfD und ALFA nicht ausschließlich ein Problem der Union. Kurzfristig wird die AfD absehbar durch die Themenführerschaft bezüglich restriktiver Flüchtlingspolitik und der Formulierung gesellschaftspolitisch konservativer Positionen der Union, aber auch in geringerem Ausmaß allen anderen Parteien Wählerstimmen abspenstig machen. Sollte bis zur Bundestagswahl die Flüchtlingskrise thematisch in den Hintergrund treten, muss mit einer Rückkehr dieser temporären Protestwähler zur Union gerechnet werden. Zumindest für Westdeutschland erscheint derzeit die Attraktivität für eine erklärtermaßen Anti-System-Partei zu stimmen innerhalb der für die Union potentiell erreichbaren Wählerschaft als gering. In Ostdeutschland sieht das durchaus anders aus. Zwei Szenarien wären dann denkbar: Entweder wird die AfD programmatisch deutlich moderater, gibt ihre relationale Anti-System-Position auf und folgt im gewissen Sinne ihren westdeutschen Landtagswahlwählern mit dem Ziel, diese an sich zu binden. Oder die AfD radikalisiert

sich weiter, geriert sich weiter als Anti-Systemkraft und wird endgültig zu einer rechtsradikalen Partei. In beiden Szenarien könnte sie sich durchaus mittelfristig in einigen Landtagen in Ost- wie in Westdeutschland etablieren.

Ausblick: Die Gefahr einer populistischen Spirale?

Die deutsche Parteiendemokratie sowie die deutsche Öffentlichkeit werden in den kommenden Jahren in dreifacher Weise herausgefordert. Zum einen ist eine Verstärkung der PEGIDA-Bewegung zu erwarten. Sie formuliert eine dezidiert anti-pluralistische, vollpopulistische Weltanschauung mit starken Bezügen zur Verschwörungstheorie. Anhänger einer solchen Weltanschauung sind nur schwer über sachorientierte Diskurse zu erreichen. Zum zweiten hat sich die AfD als eine Partei mit einer komplementär-populistischen Ideologie etabliert. Ihre Kernideologie ist der Konservatismus. Die Selbstdefinition einiger AfD-Protagonisten als PEGIDA-Partei ist ein klarer Hinweis darauf, dass der Populismus nicht mehr nur reine Rhetorik ist. Sie ist Ausfluss einer relationalen Anti-System-Haltung und eines nicht pluralistischen Weltbildes. Zum dritten hat sich ALFA auf europäischer Ebene im Verbund mit anderen europäischen Bewegungen als relationale Anti-EU-Partei positioniert. Sowohl im Gründungs- als auch im aktuellen Parteiprogramm formuliert ALFA zwar keine komplementär-populistische Programmatik. Nur bei Ausblendung der europäischen Ebene erscheint zunächst keine populistische, relationale Anti-Systempositionierung vorzuliegen. Sie pflegt eine Anti-Parteien-Rhetorik, opponiert klar gegen das aktuelle Institutionensystem der EU und strebt eine Rückkehr zu einer Art EU an, die den früheren Bildern de Gaulles „des Europas der Vaterländer“ sowie aktuell der britischen Konservativen gleichen.

Momentan mag ALFA noch nicht den allzu großen Wählerrückhalt genießen. Für die landes- und bundespolitische Ebene ist dies kurzfristig auch nicht zu erwarten. Ein hohes Potential hat diese Partei aber bei Europawahlen. Sie bedient gleichermaßen eurokritische Christdemokraten wie konservative Wirtschaftsliberale. Beide Gruppen werden bei nationalstaatlichen Wahlen weiterhin für Union und FDP votieren. Bei Wahlen zum Europaparlament gilt diese Loyalität vermutlich nicht. Hier hat ALFA ein absehbar hohes Potential, sich als reine relationale Anti-Euro-Partei zu etablieren. Die besondere Herausforderung für die anderen Parteien entsteht dadurch, dass ALFA ähnlich wie zuvor die AfD eine intellektuelle Deutungshoheit über wirtschaftsliberale Posi-

tionen anstrebt. Sie stellt damit mittelfristig die FDP vor die Aufgabe, ihrerseits den Begriff des Liberalismus im Sinne des klassischen Liberalismus gegenüber einer konservativen Umdeutung zu verteidigen. Ferner droht durch das diskursive Zusammenspiel von AfD auf Bundesebene und ALFA auf europäischer Ebene eine populistische Spirale in Gang gesetzt zu werden. ALFA droht dabei wie zuvor die Ökonomen innerhalb der AfD unbeabsichtigt moderater Türöffner für extremere Positionen zu werden. So könnte ALFA auf europäischer Ebene einen Anti-System-Diskurs etablieren. Die AfD wiederum profitiert mittelbar davon, da in der Folge auch ihr Anti-System-Diskurs auf der nationalstaatlichen Bundesebene nicht mehr so ungewöhnlich wirkt. Gegenüber dem harten populistischen und zum Teil rechtsradikalen Kern der PEGIDA-Bewegung wirkt die AfD dann wiederum vergleichsweise moderat. PEGIDA selbst profitiert schließlich davon, dass durch AfD und ALFA auf bundes- und europäischer Ebene Anti-System-Diskurse etabliert werden. Die Spirale dreht sich dann weiter: Solange die AfD versucht, weiterhin sich als PEGIDA-Partei zu etablieren, wird sie sich zunehmend derer extremen Rhetorik bedienen. ALFA hat dann Anreize, wiederum die Rhetorik zu verschärfen, um ehemalige AfD-Wähler, die eine zunehmende Radikalisierung der AfD nicht mehr unterstützen wollen, als Wähler zu gewinnen. Eine solche populistische Spirale könnte dann zu einem echten Problem für die Funktionsweise der deutschen Parteiendemokratie werden, wenn in der Folge sachorientierte Auseinandersetzungen über inhaltliche Fragen nicht mehr möglich wären. Eine Parallelität von unzureichendem Diskurs bei gleichzeitiger Erschwernis der Regierungsbildung droht dann in einer blockierten Republik im rhetorischen Daueralarmzustand zu enden. Nicht die Etablierung einer Partei rechts der Union, auch nicht die Etablierung einer populistischen Partei im deutschen Parteiensystem bedroht potentiell die Funktionsweise der Parteiendemokratie. Theoretisch denkbar wäre auch eine Erhöhung der Repräsentationsqualität durch die neue Partei. Bedrohlich erscheint derzeit die Möglichkeit einer dauerhaften, sich selbst verstärkenden Spirale populistischen Diskurses.

Wie könnte eine solche Spirale des sich immer weiter selbst verstärkenden Populismus gestoppt werden? Hier kann nur spekuliert werden. Die bisherigen Erfahrungen im europäischen Ausland ergeben wenig ermutigende Vorbilder. Die Einbindung populistischer Parteien in Regierungsverantwortung scheint kein Allheilmittel zu sein, solange die Populisten von links oder rechts von innen heraus die Re-

gierung attackieren und somit erst die von ihnen selbst beklagten Funktionsstörungen der Parteiendemokratie herbeiführen. Theoretisch Erfolg versprechender erscheint eine Strategie, die bislang nicht praktiziert wurde. Die nicht-populistischen Parteien müssen schlicht wieder mehr Programmatik und Ideologie wagen. Sie müssen offensiv begründen, warum sie Anhänger einer pluralistischen Weltanschauung sind, warum Kompromisse zur Politik dazu gehören und dass solche pluralistischen, Minderheiten berücksichtigenden Politikansätze sich bislang am Ende des Tages für die gesellschaftliche Entwicklung immer am nützlichsten erwiesen haben. Zudem ist nicht ausgeschlossen, dass ALFA die Gründungsankündigungen wahrmacht und sich ihrerseits eindeutig auch gegen die innerparteilichen populistischen Tendenzen stemmt. Nur auf Grund der Trennung der extremeren Anhänger in der AfD ist dies aber noch nicht gewährleistet.

Literatur

- Art, David (2011): *Inside the Radical Right*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Arzheimer, Kai (2015): The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany? In: *West European Politics* 38 (3), 535-556.
- Betz, Hans-Georg (1994): *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*, New York, St Martin's Press.
- Bornschiefer, Simon (2010): The New Cultural Divide and the Two-Dimensional Political Space in Western Europe. In: *West European Politics* 33(3), 419-444.
- Burke, Edmund (1968) [1793]: *Betrachtungen über die Französische Revolution*. Aus dem Englischen übertragen von Friedrich Gentz. Zürich: Manesse Verlag.
- Decker, Frank/Hartleb, Florian (2006): Populismus auf schwierigem Terrain. Die rechten und linken Herausfordererparteien in der Bundesrepublik, in: Frank Decker (Hrsg.), *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden, 191-215.
- Franzmann, Simon T. (2016a): *Opposition und Staat. Zur Grundlegung der Parteiendemokratie*. In: Sebastian Bukow, Uwe Jun und Oskar Niedermayer (Hrsg.) *Parteien in Staat und Gesellschaft. Zum Verhältnis von Parteienstaat und Parteiendemokratie*, im Erscheinen.
- Franzmann, Simon T. (2016b): *Calling the ghost of populism. The tactical and the strategic Agenda of the German AfD*. Manuskript Düsseldorf.

- Franzmann, Simon T. (2015): Towards a real comparison of left-right indices: A comment on Jahn. *Party Politics* 21 (5): S. 821-828.
- Franzmann, Simon T. (2014): Die Wahlprogrammatik der AfD in vergleichender Perspektive, in: *Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung* 20, 115-124.
- Franzmann, Simon T. (2008): Programmatische Konvergenz innerhalb der westeuropäischen Parteienfamilien? Ein Vergleich von christ- und sozialdemokratischen Parteien in Europa. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 37 (1), 79-98.
- Franzmann, Simon T./Kaiser, André (2006): Locating Political Parties in Policy Space. A Reanalysis of Party Manifesto Data. *Party Politics* 12 (2), 163-188.
- Frey, Timotheus (2009): Die Christdemokratie in Westeuropa: der schmale Grat zum Erfolg. Baden-Baden: Nomos.
- Hayek, Friedrich August von (1959): Liberalismus. In: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften* Bd. 6, 591-96.
- Hennl, Annika/Franzmann, Simon T. (2016): The effects of manifesto politics on policy change. In: Susan Scarrow, Paul Webb and Thomas Poguntke (eds.): *Organizing Representation: Political Parties, Participation, and Power* Political Party Data Base Project, Oxford University Press.
- Kielmansegg, Peter Graf (2014): Die Grammatik der Freiheit. Acht Versuche über den demokratischen Verfassungsstaat. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung. Lizenzausgabe des Nomos-Verlages Baden-Baden.
- Kitschelt, Herbert (2003): Political-Economic Context and Partisan Strategies in the German Federal Elections, 1990-2002. In: *West European Politics* 26, 126-152.
- Kitschelt, Herbert/McGann, Anthony J. (1995): *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Marks, Gary/Hooghe, Liesbet/Nelson, Moira/Edwards, Erica (2006): Party Competition and European Integration in the East and West Different Structure, Same Causality. *Comparative Political Studies* March 39 (2), 155-175.
- Mill, John Stuart (1969) [1859]: *Über Freiheit*. Frankfurt, Wien: Europäische Verlagsanstalt.
- Niedermayer, Oskar (2015): Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland. In: Oskar Niedermayer (Hrsg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013*. Wiesbaden: Springer VS, 175-208.
- Pappi, Franz Urban (1973): 'The West German party system'. In *Party Politics in Contemporary Western Europe*, edited by Stefano Bartolini and Peter Mair, 7-26. London: Frank Cass.
- Popper, Karl (1945): *The Open Society and its Enemies*. London: Routledge.
- Sartori, Giovanni (2006): *Demokratiethorie*. 3. Auflage. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Spier, Tim (2006): Populismus und Modernisierung. In: Frank Decker (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: Springer VS., S. 33-58.
- Vorländer, Hans et al. (2016): *PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Volkens, Andrea et. al. (2013): *The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MAR-POR)*. Version 2013a. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Originaldokumente

- ALFA Konzept zur Flüchtlings- und Asylpolitik, <http://alfa-bund.de/wp-content/uploads/2015/09/ALFA-Asyl-FI%C3%BCchtlingpolitik-Papier.pdf>, zuletzt abgerufen am 27.2.2016
- ALFA Gründungsprogramm 2015, beschlossen auf der Gründungsveranstaltung am 19.7.2015 in Kassel.
- ALFA Parteiprogramm 2016, beschlossen auf dem ALFA-Bundesparteitag am 27.2.2016 in Ludwigshafen, <http://alfa-bund.de/wp-content/uploads/2015/08/Parteiprogramm-ALFA.pdf>, zuletzt abgerufen am 29.2.2016.
- AfD Leitlinien (28.05./1.05.2014): www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/01/AfD_Leitlinien_2015_DE.pdf, zuletzt abgerufen am 17.2.2016.

Pressemitteilungen

- AfD, PM (22.10.2014), Offener Brief an die Mitglieder der „Alternative für Deutschland“ und ihre Unterstützer von Professor em. Dr. Dr. h.c. Joachim Starbatty, MdEP, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der AfD, ursprünglich verfasst am 20.10.2014. www.alternativefuer.de/2014/10/22/offener-brief-die-mitglieder-der-alternative-fuer-deutschland-und-ihre-unterstuetzer/, zuletzt abgerufen am 27.2.2016.
- AfD, PM (24.10.2014), Marcus Pretzell: Offener Brief an Joachim Starbatty zu TTIP, www.alternativefuer.de/2014/10/24/marcus-pretzell-offener-brief-joachim-starbatty-zu-ttip-2/, zuletzt abgerufen am 27.2.2016.

AfD, PM (12.11.2014), Stellungnahme von Konrad Adam zu TTIP, www.alternativefuer.de/2014/11/12/stellungnahme-von-konrad-adam-zu-ttip/, zuletzt abgerufen am 27.2.2016

AfD, PM (10.07.2015), Gauland: TTIP ist ein falsches außenpolitisches Signal, www.alternativefuer.de/2015/07/10/gauland-ttip-ist-ein-falsches-aussen-politisches-signal/, zuletzt abgerufen am 27. 2.2016.

ALFA, PM (7.12.2015), ALFA Abgeordnete treten „Freedom of Choice“ bei, <http://alfa-bund.de/blog/alfa-abgeordnete-treten-freedom-of-choice-bei>, zuletzt abgerufen am 27.2.2016.

ALFA, PM (5.1.2016), Hans-Olaf Henkel warnt vor falschen Versprechen der FDP, <http://alfa-bund.de/blog/hans-olaf-henkel-warnt-vor-falschen-versprechen-der-fdp>, zuletzt abgerufen am 27.2.2016.

ALFA, PM Henkel (27.1.2016), Fatale Bestrafung von Leistung – ALFA fordert die Abschaffung der Erbschaftssteuer, <http://alfa-bund.de/blog/fatale-bestrafung-von-leistung-alfa-fordert-die-abschaffung-der-erbschaftsteuer>, zuletzt abgerufen am 27.2.2016.

ALFA, PM Starbatty (27.1.2016), Die Transferunion rückt näher – Joachim Starbatty kritisiert Pläne einer europäischen Arbeitslosenversicherung, <http://alfa-bund.de/blog/die-transferunion-rueckt-naeher>, zuletzt abgerufen am 27.2.2016.

ALFA, PM Lucke (29.1.2016), Griff in die ungesetzliche Mottenkiste – ALFA lehnt Wiedereinführung der Vermögenssteuer entschieden ab, <http://alfa-bund.de/blog/griff-in-die-ungesetzliche-mottenkiste-alfa-lehnt-wiedereinfuehrung-der-vermoegenssteuer-entschieden-ab>, zuletzt abgerufen am 27.2.2016.

ALFA, PM Lucke (8.2.2016), Lucke: Freibrief zur Transferunion, <http://alfa-bund.de/blog/lucke-freibrief-zur-transferunion>. Zuletzt abgerufen am 27.2.2016.